

# Scheinlösung Direktinvestitionen

«Zunehmende Direktinvestitionen in Entwicklungsländern», «Kapitalflüsse auf Rekordhöhe» – so titeln die Medien immer wieder Artikel, um das neu erwachte Interesse der Investoren an den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu beschreiben. Die Schlussfolgerung liegt nahe: Wenn privates Kapital reichlich verfügbar ist, dann hat die traditionelle Entwicklungszusammenarbeit ausgedient. Damit erhalten die Politikerinnen und Politiker zugleich eine plausible Begründung, um im Zuge der Sanierung ihres Staatshaushalts überdurchschnittlich zu sparen. Der scheinbare Wandel der Entwicklungsfinanzierung fügt sich trefflich in die weltanschauliche Wende, wonach Staatseingriffe nicht wünschenswert sind und die Privatwirtschaft freie Bahn erhält.

Im Jahr 2002 gingen die ausländischen Direktinvestitionen massiv zurück, nämlich auf 651 Milliarden Dollar (von über 1100 Milliarden im Jahr 2000), davon flossen 162 Milliarden Dollar in die Entwicklungsländer. Ein Grossteil der Gelder dient dem Erwerb von Beteiligungen und Firmen und schafft keine Arbeitsplätze. Auch

## Die Wirkung von Direktinvestitionen muss im Einzelfall beurteilt werden.

sind Gewinnüberweisungen nicht abgezogen. Wie verteilen sich die Gelder auf die zahlreichen Länder? 2002 flossen 60 Prozent aller Direktinvestitionen für Entwicklungsländer, nämlich 97 Milliarden Dollar, in die aufstrebenden Märkte China, Hongkong, Mexiko und Brasilien. Auf das «unrentable» Schwarzafrika (ohne

Südafrika, Nigeria und Angola) hingegen entfielen etwas über vier Milliarden Dollar. An diesen Ländern geht der privatwirtschaftliche Geldsegen weitgehend vorbei. Allerdings können auch international bescheidene Beträge in einer wirtschaftlich schwachen Volkswirtschaft einiges bewirken.

Sind Direktinvestitionen ein Geldsegen? Die Entwicklungsdebatte der letzten Jahrzehnte hat ergeben, dass Nutzen und Schaden von Direktinvestitionen im Einzelfall beurteilt werden müssen. Ärmere Bevölkerungsschichten sind schon allzu oft zu Opfern der Modernisierung statt zu Nutzniessern geworden. Die Düngemittelfabrik Kafco tätig in Bangladesch die grösste Auslandsinvestition aller Zeiten. Die rund 500 Millionen Dollar Investitionssumme treibt die Statistiken in die Höhe, doch die nur 500 geschaffenen Arbeitsplätze sind für die 130 Millionen Menschen Bangladeschs belanglos, und die zu Exportdünger verarbeiteten Rohstoffe sind in rund 20 Jahren für immer verbraucht. Die Gunst von Financiers zu erringen, garantiert noch nicht Entwicklung im Sinne einer verbesserten Befriedigung von Grundbedürfnissen der ärmeren Bevölkerung oder im Sinne politischer Partizipation und ökologischer Nachhaltigkeit.

## Privatkapital für die Armen: ein Mythos

Die OECD weist für 2001 private Kapitalflüsse in Entwicklungsländer von 109 Milliarden Dollar aus. Darin sind Rücküberweisungen von Zinsen und Dividenden nicht enthalten. Die Zinszahlungen beziffert die OECD selber auf 115 Milliarden Dollar (1999). Der Bestand an Auslandsinvestitionen in Entwicklungsländern wird von der UNCTAD für 2001 mit 2174 Milliarden Dollar angegeben. Gemäss Oxfam kann man von minimal 20 Prozent Gewinn – also über 420 Milliarden Dollar – ausgehen, von dem zwei Drittel (280 Milliarden Dollar) an die ausländischen Kapitalgeber zurückfliessen; ein Drittel wird im Lande reinvestiert. Mit anderen Worten: 2001 standen den privatwirtschaftlichen Zuflüssen von 109 Milliarden Dollar Rückflüsse von 395 Milliarden Dollar gegenüber. Die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (rund 50 Milliarden Dollar pro Jahr) und die Aktionen privater Hilfswerke (10 Milliarden Dollar pro Jahr) können damit nicht konkurrenzieren.

### Zuflüsse (Nord – Süd) in Mrd. Dollar

#### Privatkapital

- Direktinvestitionen 115
- Banken –11\*
- Anleihen 10
- Kapitalverkehr inkl. Wertschriften –5\*

#### Entwicklungszusammenarbeit

- Öffentliche Hilfe 51
- Private Hilfe 10

#### Übrige Leistungen

- Staatliche Leistungen 18
- Exportkredite 3

#### Total



### Rückflüsse (Süd – Nord) in Mrd. Dollar



Zinsen 115

Dividenden 280

\* Die Banken zogen Mittel aus den Entwicklungsländern ab.